

Zwei Millionen Mark sollen zurück in Potsdamer Kassen

Kreisverwaltung noch ohne offizielle Nachricht

Beeskow. Rund zwei Millionen Mark soll der Landkreis Oder-Spree für zu viel gezahlte Subventionen für den öffentlichen Personennahverkehr zurückzahlen. Der Vorwurf lautet: Gelder wurden zweckentfremdet, u.a. für den Güterverkehr, eingesetzt.

„Das ist eine Sauerei, daß wir das über die Presse erfahren“, beklagt sich Rainer Hellmich, in der Kreisverwaltung zuständig für den ÖPNV. Der Beitrag „Millionenforderung an die Städte und Kreise“ vom vergangenen Sonnabend, Seite 4, hätte gestern einen „Heidenaufbruch“ in der Kreisverwaltung verursacht. Offiziell wissen weder die Kreisverwaltung noch die Busverkehrs- und Straßenbahngesellschaften des Großkreises von den geforderten Rückzahlungen. Sie sind sich auch keiner Schuld bewußt, Subventionen vom Land zweckentfremdend eingesetzt zu haben.

In den Alt-Kreisen Eisenhüttenstadt, Beeskow und Fürstenwalde habe es schon 1990/91 eine Trennung zwischen Personennah- und Güterverkehr infolge der Auflösung der alten Kraftverkehrsbetriebe gegeben. „Die Finanzierung des ÖPNV war 1990/91 völlig unklar, weil die Unternehmen noch Treuhandbetriebe waren“, erinnert sich Hellmich. Das Land habe erst ziemlich spät Richtlinien zur Finanzierung herausgegeben. Die Verkehrsbetriebe waren aufgefordert worden, Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen, von dem Defizit trug das Land 80 Prozent. Im vergangenen Jahr hätte ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen für die Landesregierung

kontrolliert, wie die Subventionen für 1990/91 eingesetzt wurden und sei dabei auf die Summen gekommen. Wie die nun geforderten Beträge errechnet wurden, weiß indes zwischen Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt keiner. „Es muß erst mal der Beweis erbracht werden, wie die Zahlen zustande kommen“, meint Rainer Hellmich.

Noch in dieser Woche gehen die Bescheide an die Kreisverwaltung, verlautete aus dem Potsdamer Verkehrsministerium, am 11. März sei die Frist bereits abgelaufen. „Die Verkehrsgesellschaften sind sich zurecht keiner Schuld bewußt“, erklärt Siegfried Kaluweit, Pressesprecher im Verkehrsministerium, auf Nachfrage. „Die Kreise haben das Geld ohne Zweckbestimmung ausgegeben.“ Kaluweit führt den „Fehler“, den viele Kreis und Städte in Brandenburg begangen hätten, auf „das allgemeine Chaos in der Aufbauphase“ zurück. Per Haushaltgesetz sei das Land jedoch gezwungen, die Gelder zurückzufordern. Das sei der erste Akt. Der zweite seien Gespräche mit den Kreisen. „Wir werden uns mit ihnen an einen Tisch setzen und angesichts der prekären Finanzlage nach Kompromissen suchen.“ Ob das Finanzministerium dabei mitspielt, wisse er allerdings nicht.

Im noch nicht beschlossenen Haushalt der Oder-Spree-Kreises klafft derzeit ein 5,4-Millionen-Loch. Eine Rückzahlung von rund zwei Millionen Mark an das Land würde das Defizit weiter vergrößern und vorgesehene Ausgaben einschränken. RUTH BUDER